

Demonstration gegen Premierminister

Im Vorfeld der Parlamentsauflösung demonstrierten Anfang Februar 2006 ca. 50.000 Menschen auf dem königlichen Platz in Bangkok gegen die Regierung unter Premierminister Thaksin Shinavatra. Dies war die größte Aktion dieser Art seit 1992, als die Militärdiktatur Thailands gestürzt wurde. Die Demonstranten, die fast ausschließlich in Gelb gekleidet waren und gelbe Fahnen schwenkten, stammten zumeist aus der Mittelschicht der Hauptstadt und äußerten ihren Unmut gegen die derzeitige Richtung der Regierung. Lehrer demonstrierten gegen die geplante Verstaatlichung vieler ländlicher Schulen, Arbeiter gegen Privatisierungen, NGOs gegen Freihandelsabkommen. Außerdem äußerten zahlreiche Studenten, Intellektuelle und auch Senatoren ihren Unmut gegen Thaksin und dessen Regierung. Während der Demonstration rief Sondhi Limthongkul, Organisator und Gründer der Manager Media Group, laut den Namen des Premiers und die Menschen antworteten »Ok Pai!« (»Verschwinde!«). Thaksin selbst be-

zeichnete die Menschen später als »Mob«, was in der buddhistischen Gesellschaft Thailands einer Beleidigung gleicht, und der staatseigene Sender Channel 9 gab die Anzahl der Demonstranten mit »1.500 Personen« an. Zwar haben viele Thailänder, vor allem in den Städten, Zugang zu Internet und freien Medien, doch mehr als 80 Prozent der Bevölkerung Thailands ist immer noch von den staatseigenen Informationsquellen abhängig. Entsprechend veröffentlichte die englischsprachige Tageszeitung The Nation eine Kolumne mit der Warnung, dass die »strikte Kontrolle der Staatsmedien zu eigennützlichen Zwecken der Propaganda eine Reminiszenz an die korrupten Militärregime der Vergangenheit« sei. Thaksin selbst sei indes »ein Monster«, dass die Thailänder selbst geschaffen hätten, indem sie den Premier in freien Wahlen mit einer parlamentarischen Mehrheit ausstatteten, die ihm »virtuelle absolute Macht« verlieh.

vgl. Atimes, 7.2.; The Nation, 6.2.06

Wegen Mordes an Touristin zum Tode verurteilt

Mitte Januar 2005 sprach ein Gericht in Surat Thani das Todesurteil gegen zwei thailändische Fischer. Ihnen wurde zur Last gelegt, die britische Studentin Katherine Horton, 21, vergewaltigt, missbraucht und anschließend im Meer ertränkt zu haben. Die Angeklagten Buloi Posit und Wichai Somkhayoi legten kurz nach ihrer Festnahme ein Geständnis ab und wurden nach nur wenigen Verhandlungstagen zum Tode

durch Giftinjektion verurteilt. Premierminister Thaksin begrüßte das Urteil, da die beiden Männer dem »Ansehen des Landes geschadet« haben. Die Familie der Studentin dankte zwar der thailändischen Polizei für die schnelle Ermittlung der Täter, sie mochte aber keine Stellung zu dem Gerichtsverfahren und dem Urteil nehmen.

vgl. BBC, 18.1.06

Thaksin löst Parlament auf

Nach mehreren Massendemonstrationen gegen die Regierung seit dem 4. Februar 2006 hat Premierminister Thaksin Shinavatra am 24. Februar das Parlament aufgelöst und Neuwahlen für den 2. April angekündigt. Thaksin erklärte, er wolle die Macht dem Volk zurückgeben und dessen Entscheidung respektieren.

Den drei stärksten Oppositionsparteien (Demokraten, Chart Thai and Mahachon) ging dieser Schritt nicht weit genug: Thaksin versuche, seine Legitimation wieder herzustellen, ohne ernsthafte politische Reformen zuzulassen, so Oppositionsführer Abhisit Vejjajiva, der einen Boykott der Wahl durch die drei Parteien ankündigte.

Auch nach der Parlamentsauflösung gingen die Massenproteste in Bangkok weiter: Über 100.000 Menschen forderten nach Angaben der Bangkok Post am 26. Februar den Rücktritt des Premierministers innerhalb von fünf Tagen. Seine Gegner werfen dem 56-Jährigen und der Thai-Rak-Thai-Partei, die 375 von 500 Sitzen im Parlament innehat, Machtmissbrauch vor.

Der zunehmend unter Druck geratene Premierminister lud die Opposition und alle anderen registrierten politischen Parteien zu Gesprächen ein, um über eine verbesserte Verfassung zu diskutieren. Die Opposition lehnte dies als Zeitschinderei ab. Sie forderte neben dem Rücktritt Thaksins eine strukturierte politische Reformbewegung der vier größten Parteien im Parlament unter neutraler Führung. Ziel sei eine grundlegende Verfassungsreform.

vgl. Bangkok Post; The Nation, 28.2.06

Zum Hintergrund der Demonstrationen

Sondhi Limthongkul, der Organisator der Demonstration vom 4. Februar 2006, an der mehr als 50.000 Menschen teilnahmen, führte im Vorfeld auf, dass in den letzten fünf Jahren die private Verschuldung von 2.000 US-Dollar pro Haushalt auf mehr als 3.500 US-Dollar gestiegen sei, während sich der Wert der Shin Corp, dem Unternehmen der Familie von Premierminister Thaksin Shinavatra, im selben Zeitraum von 1,25 Milliarden US-Dollar auf knapp zehn Milliarden US-Dollar vervielfacht habe – ohne jemals Steuern gezahlt zu haben. Der »Auslöser für den Unmut« indes sei der Verkauf von 49,6 Prozent der Shin Corp an die Temasek Holdings, des Investmentfonds der Regierung Singapurs, denn auf den Verkaufspreis von rund 1,6 Milliarden Euro musste die Familie Thaksin ebenfalls keinerlei Steuern zahlen. Andere Kritiker bemängelten die »Singapurisierung« Thailands, da der Premierminister während seiner Regierungszeit zudem Staatswerte, wie Breitbandlizenzen, Lufthoheiten oder eine Fernsehstation, an Unternehmen aus Singapur verkaufte und damit den Nationalstolz vieler Thais verletzte. Außerdem wurden diese Geschäfte von der Ample Rich Investment Co. abgewickelt, einem Unternehmen im Steuerparadies der britischen Virgin Islands, an dem der Premierminister selbst beteiligt ist. Sondhi sagte auf einer späteren Kundgebung, an der jedoch weit weniger Menschen teilnahmen, Thaksin sei »sehr arrogant, beleidigt andere Menschen und führe die Regierung wie eine Ein-Mann-Show. Er ist schlimmer als ein Tyrann.«

vgl. Atimes, 4.2., 7.2.; BBC 14.2.06

Klage gegen Thaksin?

Ende Februar 2006 wird das thailändische Verfassungsgericht prüfen, ob Premierminister Thaksin Shinavatra in der Sache des Verkaufs von 49,6 Prozent der Anteile seines Unternehmens Shin Corp an die Temasek Holdings (Singapur) vor einem Gericht angeklagt werden kann. Zuvor hatten 28 Senatoren eine entsprechende Petition eingereicht und baten die Verfassungsrichter die entsprechende Beweislage zu eruieren. Sie werfen Thaksin vor, seine Position als Premierminister ausgenutzt zu haben, um dem Geschäft mit dem Staatsunternehmen der Regierung Singapurs politisch den Weg zu ebneten. Thaksin selbst wies jegliche Schuld von sich mit der Begründung, die verkauften Anteile gehörten

seinen Kindern und anderen Verwandten.

Der Skandal, der unter anderem in einer großen Demonstration Anfang Februar Ausdruck fand, zog auch politisch Kreise. Am 3. Februar erklärte Kulturministerin Uraiwan Thienthong ihren Rücktritt, weil sie sich »Sorgen um die Ethik guten Regierens mache«. Zudem kündigte Thailands Kommission für Sicherheit und Austausch Ende Januar Ermittlungen gegen Thaksins Sohn Panthongtae wegen Steuerhinterziehung und Insiderhandel an. Ihm drohen empfindliche Geldstrafen, eine Gefängnisstrafe wird indes ausgeschlossen.

vgl. BBC, 4.2., 12.2.; International Herald Tribune, 2.2.06

Erneut Unruhen im Süden

Anfang Februar 2006 wurden bei schweren Angriffen auf Schulen im Süden des Landes drei Lehrer angeschossen und schwer verwundet. Als Konsequenz wurden mehr als 100 Schulen für eine Woche geschlossen. Vor allem Polizisten, buddhistische Lehrer und Mönche geraten oft ins Visier fundamental-islamistischer Angreifer, da sie als Symbole für die Regierung in Thailand gelten. Justizminister Chidchai Vansathidya entsandte zwar Mitte letzten Jahres Einheiten der Armee, die besonders gefährdeten Personen Geleitschutz auf ihrem Weg von oder zur Arbeit geben sollen. Doch die Lehrer wurden angeschossen, als sie vor ihren Häusern auf ihre Eskorte warteten. Kurz darauf wurde ein weiterer Lehrer angeschossen. Er erlag seinen Verletzungen. In der Provinz Yala wurden am 6. Febru-

ar zwei Polizisten und einer ihrer freiwilligen Helfer erschossen. Chidchai verurteilte die Angriffe als »opportunistisch« und brachte sie mit den Demonstrationen in der Hauptstadt in Verbindung.

Ein weiterer, koordinierter Anschlag wurde auf mehrere Sendemasten in den vier südlichen Provinzen des Landes verübt. Sie setzten zwar das Mobilfunknetz der Regionen zeitweise außer Betrieb, doch wurde niemand verletzt. Premierminister Thaksin Shinavatra meint, dass die Anschläge vermutlich eine Reaktion auf die Registrierung aller SIM-Karten seitens der Regierung im Süden waren. Diese sollte es potentiellen Angreifern erschweren, Sprengkörper per Mobilfunksignal zu zünden.

vgl. BBC, 7.2., Atimes, 4.2. 06